Familienpolitik mit vereinten Kräften vorantreiben

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO**

Band (Jahr): **99 (2002)**

Heft 6

PDF erstellt am: **19.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-840335

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Familienpolitik mit vereinten Kräften vorantreiben

Die von den Sozialvorständen von 41 Städten gebildete Städteinitiative will eine sozialere Familienpolitik. Dafür wird sie sich inskünftig mit anderen Organisationen vernetzen. An der von Bundesrätin Ruth Dreifuss besuchten Mai-Konferenz in Lausanne waren zudem die Grundrechte der «Sans-papiers» ein wichtiges Thema.

Die Städteinitiative setzt sich mit Nachdruck für eine sozialere Familienpolitik ein. Ihre wichtigsten Postulate sind Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien, bundesrechtlich geregelte Kinderzulagen und ein Splitting bei der Familienbesteuerung: Damit sollen Familien finanziell entlastet und die wachsende Familienarmut eingedämmt werden. Bundesrätin Dreifuss nahm an der Mai-Konferenz der Städteinitiative teil und stellte in ihrem Referat die Familienpolitik des Bundes vor. Es zeigte sich, dass die Sozialministerin des Bundes und die Städte in der Analyse grundsätzlich übereinstimmen, während Dreifuss bei den konkreten familienpolitischen Postulaten differenzierte.

Ernst Wohlwend, Präsident der Städteinitiative und inzwischen Stadtpräsident von Winterthur, begründete das verstärkte Engagement der Städte mit dem steigenden Armutsrisiko für Familien: «Die Städte müssen die Kinder- und Familienarmut mit der Sozialhilfe auffangen. Dafür ist diese aber nicht gedacht. Wir setzen deshalb auf eine Familienpolitik, die Familien mit geringen Einkommen wirtschaftlich entlastet.» Einen wichtigen Platz hätten zudem soziale und andere Förderprojekte für Familien, allen voran die familienergänzende Kinderbetreuung. Die Städte hatten sich beim Nationalrat erfolgreich für die Anschubfinanzierung stark gemacht und wollen ihr Vorgehen beim Ausbau des Angebots koordinieren. Um einer sozialen Familienpolitik mehr Nachdruck zu verleihen, spannt die Städteinitiative mit der Eidgenössischen Koordinationskommission für Familienfragen und anderen schweizerischen Organisationen zusammen.

«Sans-papiers»: Grundrechte gewährleisten

Silvia Zamora, Direktorin Soziale Sicherheit und Umwelt der Stadt Lausanne, stellte mit den «Sans-papiers» an der Konferenz ein Thema zur Diskussion, das die Westschweizer Städte als dringlicher erkannt haben als – bis heute – die Städte der deutschen Schweiz. Lausanne setzt sich mit den Widersprüchen auseinander, die sich aus der rechtlichen Stellung dieser Menschen ergeben, und erarbeitet einen Bericht zum Thema. Silvia Zamora plädierte dafür, die Grundrechte der «Sans-papiers» anzuerkennen und ihnen den Zugang zu den wichtigen sozialen und Gesundheitsdiensten zu sichern. *pd/gem*

An dieser Nummer haben mitgearbeitet:

- Gerlind Martin (gem), Freie Journalistin, Bern
- Alexandra Richter, Fachfrau für Soziales, Mitarbeiterin der ZeSo
- Elisabeth Raaflaub, Fachbereichsleiterin SKOS, Bern